Geschäftsordnung
des
Berufungsausschusses für Ärzte und Psychotherapeuten
Stand: 01.03.2024

GESCHÄFTSORDNUNG

des Berufungsausschusses für Ärzte und Psychotherapeuten Berlin

§ 1 Präambel

Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin und die Landesverbände der Krankenkassen sowie die Ersatzkassen haben gem. § 97 Absatz 1 Satz 1 SGB V im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin den Berufungsausschuss für Ärzte und Psychotherapeuten Berlin (i. F. Berufungsausschuss) errichtet. Um eine Gleichbehandlung aller Widerspruchsführer sowie einen ordnungsgemäßen Ablauf im Berufungsausschuss für alle Verfahrensbeteiligten zu gewährleisten, sind nachfolgende Regelungen und Fristen einzuhalten. Diese Geschäftsordnung bezweckt eine für alle Verfahrensbeteiligten transparente, verfahrenssichere und einheitliche Zusammenarbeit mit dem Berufungsausschuss, insbesondere in Vorbereitung auf den jeweiligen Sitzungstermin.

Die Verwendung des generischen Maskulinums soll selbstverständlich Frauen, Männer und Diverse einschließen.

§ 2 Zusammensetzung des Berufungsausschusses

1. Der Berufungsausschuss besteht aus sieben Mitgliedern und zwar aus dem Vorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter, die die Befähigung zum Richteramt haben müssen und je drei Vertretern der Ärzte und der Krankenkassen, vgl. § 97 Absatz 2 Satz 1 SGB V, § 35 Absatz 1 Satz 1 Ärzte-ZV. In dieser Zusammensetzung wird der Ausschuss als „**kleiner Ausschuss**“ bezeichnet.
2. In Zulassungsangelegenheiten der Psychotherapeuten und der überwiegend oder ausschließlich psychotherapeutisch tätigen Ärzte treten, abweichend von der Besetzung des kleinen Ausschusses, an die Stelle der Vertreter der Ärzte Vertreter der Psychotherapeuten und Vertreter der Ärzte in gleicher Zahl (jeweils zwei). Unter den Vertretern der Psychotherapeuten muss gem. § 95 Absatz 13 Satz 1 SGB V mindestens ein Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut oder ein Psychotherapeut mit einer Weiterbildung für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen sein. Aufgrund der erforderlichen Doppelparität zwischen Vertretern der Ärzte und der Krankenkassen sowie der Besetzung mit mindestens einem Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten besteht der Ausschuss aus dem Vorsitzenden und acht Vertretern (zwei Vertretern der Ärzte, zwei Vertretern der Psychotherapeuten, vier Vertretern der Krankenkassen). In dieser Zusammensetzung wird der Ausschuss als „**großer Ausschuss**“ bezeichnet.

§ 3 Beteiligung von sachkundigen Personen

1. An den Sitzungen des Berufungsausschusses können, soweit Entscheidungen über die ausnahmsweise Besetzung zusätzlicher Vertragsarztsitze nach § 101 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 SGB V, die Befristung einer Zulassung nach § 19 Absatz 4 Ärzte-ZV oder die Ermächtigung von Ärzten und Einrichtungen betroffen sind, die gemäß § 140f Absatz 3 SGB V benannten sachkundigen Personen zur Wahrnehmung der Interessen der Patienten und der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen (Patientenvertreter) teilnehmen. Ihre Anzahl darf nicht höher sein als die Zahl der von den Krankenkassen insgesamt entsandten Mitglieder. Die Patientenvertreter werden einvernehmlich von den in der Verordnung gemäß § 140g SGB V genannten oder nach dieser Verordnung anerkannten Organisationen benannt.
2. Die Patientenvertreter haben ein Mitberatungsrecht sowie das Recht zur Anwesenheit bei der Beschlussfassung, aber kein Antrags- und kein Stimmrecht.

§ 4 Widersprüche

1. Die Verfahrensbeteiligten können gegen Entscheidungen des Zulassungsausschusses für Ärzte und Psychotherapeuten (i. F. Zulassungsausschuss) den Berufungsausschuss anrufen, § 96 Absatz 4 Satz 1 SGB V. Mit der Einlegung des Widerspruchs wird der Berufungsausschuss im angerufenen Umfang funktionell ausschließlich zuständig.
2. Gemäß § 44 Ärzte-ZV ist der Widerspruch **schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle** des Berufungsausschusses beim Berufungsausschuss einzulegen und muss den Beschluss des Zulassungsausschusses bezeichnen, gegen den er sich richtet, wobei dies ggf. im Wege der Auslegung zu ermitteln ist.
3. Die **Frist** zur Einlegung des Widerspruchs richtet sich nach den gesetzlichen Regelungen, vgl. § 97 Absatz 3 Satz 1 SGB V i. V. m. § 84 Absatz 1 Satz 1 SGG. Danach beträgt die Frist **einen Monat** ab Bekanntgabe des Beschlusses des Zulassungsausschusses. Nach § 41 Absatz 5 Satz 1 Ärzte-ZV erfolgt die Bekanntgabe des Beschlusses durch Zustellung der schriftlichen Ausfertigung des Beschlusses. Bei fehlender oder unrichtiger Rechtsbehelfsbelehrung beträgt die Widerspruchsfrist ein Jahr, § 66 Absatz 2 Satz 1 SGG. Nach § 67 SGG kann im Fall der unverschuldeten Fristversäumung die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden.
4. Für **Dritte**, denen der Beschluss des Zulassungsausschusses nicht bekanntgegeben wurde, gilt nach § 84 Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 66 Absatz 2 SGG die **Jahresfrist**.
5. Das Widerspruchsverfahren ist grundsätzlich gebührenpflichtig. Mit Einlegung des Widerspruchs wird gemäß § 46 Absatz 1 Satz 1 lit. d Ärzte-ZV die **Widerspruchsgebühr** fällig, § 46 Absatz 1 Satz

2 Ärzte-ZV. Der Vorsitzende kann gemäß § 45 Absatz 1 Satz 1 Ärzte-ZV die Widerspruchsgebühr stunden.

6. Das BSG hat mit Urteil vom 07.09.2022, B 6 KA 11/21 R die Regelung des § 45 Absatz 1 Satz 1 Ärzte-ZV für nichtig erklärt. Damit kann bei nicht fristgemäßer Zahlung der Widerspruchsgebühr keine Rücknahmefiktion mehr angenommen werden. Infolgedessen werden die Widerspruchsführer nunmehr mit der Zahlungsaufforderung darauf hingewiesen, dass sich der Ausschuss bei Nichtzahlung der Widerspruchsgebühr voraussichtlich nicht mit dem Widerspruch befassen.
7. Über die Widersprüche wird zeitnah und regelmäßig nach der Reihenfolge ihres Eingangs sowie unter Berücksichtigung der geplanten Sitzungen und der jeweiligen Zusammensetzung des Ausschusses entschieden.
8. Bei Anträgen auf **Vertagung**, die nach Zustellung der Ladung der Verfahrensbeteiligten eingehen, muss der Ausschuss in dem geplanten Sitzungstermin entscheiden, ob die Angelegenheit antragsgemäß vertagt oder ob darüber trotz des Antrages auf Vertagung entschieden wird.
9. **Widerspruchsbegründungen und Stellungnahmen** der Verfahrensbeteiligten sind rechtzeitig vor dem Sitzungstermin einzureichen. Bei Einreichung der Unterlagen kurz vor der Sitzung (sieben Tage oder weniger) kann der Ausschuss die Entscheidung vertagen. Der Ausschuss hat im Fall der Vertagung zu prüfen, ob eine Anordnung der sofortigen Vollziehung der Entscheidung des Zulassungsausschusses in Betracht kommt. Hierauf sollen die Verfahrensbeteiligten schriftlich hingewiesen werden.

§ 5 Sitzung des Berufungsausschusses

1. Die Geschäftsstelle des Berufungsausschusses teilt den Ausschussmitgliedern jeweils bis zum 1. Dezember jeden Jahres die geplanten Sitzungstermine des Berufungsausschusses für das Folgejahr mit, wobei Änderungen beispielsweise aufgrund der Raumplanung oder Zusatztermine auch noch während des laufenden Jahres festgelegt werden können. Bei der Planung der Sitzungstermine sollen die Berliner Schulferien berücksichtigt werden. Ob an den jeweiligen Sitzungsterminen der große und/oder der kleine Ausschuss tagt, kann erst circa vier Wochen vor dem Sitzungstermin festgelegt werden, da sich dies nach den eingegangenen Widersprüchen richtet.
2. Die Geschäftsstelle lädt im Auftrag des Vorsitzenden die Mitglieder des Berufungsausschusses und in den unter § 3 genannten Verfahren die Patientenvertreter mit einer Frist von regelmäßig zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung ein. Die Einladung wird den Mitgliedern und den Patientenvertretern als elektronisches Dokument per E-Mail übersandt. Die Mitglieder stellen den Empfang der E-Mails sicher.

3. Die Sitzungsunterlagen werden den Mitgliedern des Ausschusses vor der Sitzung in digitaler Form übermittelt. Die Übermittlung der Sitzungsunterlagen soll spätestens eine Woche vor der Sitzung erfolgen. Dokumente mit datenschutzwürdigem Inhalt werden verschlüsselt übermittelt.
4. Die Verfahrensbeteiligten sind in den Fällen, in denen eine mündliche Anhörung erfolgt, bis spätestens zwei Wochen vor der Sitzung zu laden.
5. Die Sitzungen finden in körperlicher Anwesenheit (Präsenzsitzungen) statt. Die Sitzung kann gemäß § 36 Abs. 3 i. V. m. § 45 Abs. 3 Ärzte-ZV aus Gründen des Gesundheitsschutzes oder aus anderen gewichtigen Gründen auch ohne die persönliche Anwesenheit aller Sitzungsteilnehmer im Sitzungszimmer mittels Videotechnik durchgeführt werden. Der Ausschuss entscheidet unter Beteiligung der Geschäftsstelle über die Auswahl des Sitzungsformates.
6. Über die Verhinderung der Mitglieder ist die Geschäftsstelle unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
7. Der Berufungsausschuss entscheidet aufgrund mündlicher Beratung.
8. Anträge und Beratungsgegenstände, die nicht Gegenstand der Tagesordnung sind, werden nur behandelt, wenn der Berufungsausschuss dies beschließt.
9. Die Sitzungen des Berufungsausschusses sind nicht öffentlich. Über die Gegenstände der Beschlussverfahren und das Abstimmungsverhalten haben die Stimmberechtigten (der Vorsitzende sowie die Mitglieder und deren Stellvertreter), die Patientenvertreter und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren.

§ 6 Beschlussfähigkeit des Berufungsausschusses, Besorgnis der Befangenheit

1. Der Berufungsausschuss ist beschlussfähig, wenn und solange seine Mitglieder oder deren Stellvertreter anwesend sind. Der Vorsitzende hat das Vorliegen oder das Fehlen der Beschlussfähigkeit zu Beginn und bei Veränderungen in der Anzahl der Stimmberechtigten während der Sitzung festzustellen. Die Feststellung über das Vorliegen oder das Fehlen der Beschlussfähigkeit ist in die Niederschrift aufzunehmen.
2. Besteht die Besorgnis der Befangenheit oder liegt ein Antrag auf Ausschluss eines Stimmberechtigten wegen Besorgnis der Befangenheit vor, ist dies vor Beginn der Sitzung dem Vorsitzenden oder, soweit ihn dies selbst betrifft, dem Berufungsausschuss mitzuteilen. Der Berufungsausschuss beschließt in Abwesenheit des Betroffenen in voller Besetzung über den Ausschluss. Der ausgeschlossene Stimmberechtigte darf an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen.

§ 7 Beschlussfassung in der Sitzung des Berufungsausschusses

1. Der Berufungsausschuss beschließt in Abwesenheit der am Verfahren Beteiligten mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten.
2. Abstimmungen erfolgen durch Handzeichen.
3. Die Entscheidung des Berufungsausschusses wird durch **Zustellung des schriftlichen Bescheides bekanntgegeben**. Der Vorsitzende kann eine mündliche Verkündung gegenüber anwesenden Verfahrensbeteiligten vornehmen. Die Geschäftsstelle erteilt weder auf telefonische noch schriftliche Anfragen Auskünfte zu den vom Ausschuss getroffenen Entscheidungen. Die Verfahrensbeteiligten haben jedoch die Möglichkeit, einen Antrag auf erweiterte Akteneinsicht zu stellen.

§ 8 Niederschrift über die Sitzung des Berufungsausschusses

1. Gemäß § 42 Ärzte-ZV ist über jede Sitzung eine **Niederschrift** zu erstellen. Die Niederschrift muss die Namen der Sitzungsteilnehmer unter Angabe der Eigenschaft, in der sie mitwirken, die Anträge und wesentlichen Erklärungen der Beteiligten, das Ergebnis der Beweiserhebung sowie den bzw. die Beschlüsse enthalten und ist von dem Vorsitzenden zu unterschreiben. Die Niederschrift enthält keine Angaben zum konkreten Abstimmungsverhältnis. Ebenso darf die Niederschrift keine Angaben über das Abstimmungsverhalten einzelner Stimmberechtigter enthalten.
2. Die Patientenvertreter erhalten eine Sitzungsniederschrift der Tagesordnungspunkte, die sie gemäß § 140f Abs. 3 SGB V mitberaten haben.

§ 9 Beschlüsse

1. Die gefertigten Beschlüsse werden vorzugsweise im Rahmen der Sitzungen **unterschrieben**. Sofern dies nicht möglich ist, erfolgen die Unterschriften in den Räumen der Geschäftsstelle. Die Originalbeschlüsse verbleiben in der Geschäftsstelle. In Ausnahmesituationen sind Abweichungen möglich.
2. Die ausgefertigten Beschlüsse werden den Verfahrensbeteiligten mit Postzustellungsurkunde zugestellt.

Die Regelung tritt nach Beschlussfassung am 01.07.2024 in Kraft.

gez. Sendowski
Vorsitzender

gez. Laurisch
stellv. Vorsitzender

gez. Zürcher
für die Ärzte

gez. Höhfeld
für die Psychotherapeuten

gez. Bongardt
für die Krankenkassen